

Wachsende Beschäftigung durch Boom der Zeitarbeitsbranche

Der viel gepriesene konjunkturelle Aufschwung geht an immer mehr Menschen in Thüringen vorbei

Wie die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit Ende Mai meldete, ist die Arbeitslosigkeit weiter gesunken. Im vergangenen Monat waren 102.400 Menschen offiziell erwerbslos gemeldet, dies sei der niedrigste Mai-Stand seit 1991.

„Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen sehen auf den ersten Blick – nimmt man lediglich die absoluten Arbeitslosenzahlen – zwar viel versprechend aus, aber bei näherer Betrachtung kommt man nicht umhin festzustellen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in Thüringen im Mai erneut gestiegen ist“, erklärte dazu die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld. Sie verwies darauf, dass von den exakt 102.359 arbeitslos gemeldeten Thüringern 70.808 dem Rechtskreis des SGB II, also dem Hartz-IV-Bereich, zuzuordnen sind „Und genau diese Position zeigt, dass sich Langzeitarbeitslosigkeit in Thüringen stetig verfestigt.“

Waren im April noch 67,9 Prozent aller Arbeitslosen dem SGB II zugeordnet, so belief sich deren Anteil im Mai bereits auf 69,2 Prozent“, konstatierte die Arbeitsmarktexpertin und stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN. Wenn zudem die steigende Beschäftigungsquote in Thüringen „vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Zeitarbeitsbranche boomt, ist dies kein gutes Signal für die Menschen“. Leiharbeit bedeute „Minijobs,

Niedriglohn, schlechte Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Damit kann man nicht punkten, das hat mit guter Arbeit nichts zu tun“, sagt die Abgeordnete. Auch zeige der prozentuale Anstieg der Hartz-IV-Leistungsbezieher, dass „der viel gepriesene konjunkturelle Aufschwung in Thüringen an immer mehr Menschen vorbeigeht“.

Ina Leukefeld: Öffentliche Beschäftigung wird gebraucht

Die LINKE Landespolitikerin fordert die Landesregierung auf, die ohnehin knapp bemessenen Finanzmittel für arbeitsmarktpolitische Instrumente vor allem einzusetzen, um Langzeitarbeitslose und besonders ältere Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssten spezieller auf diese Zielgruppe ausgerichtet und deren Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse organisiert werden.

Zudem warnte die Abgeordnete: „Der vielfach gepriesene Grundsatz des Förderns und Forderns bei Hartz IV wird vollständig aufgegeben, wenn die geplante Reform der Arbeitsmarktinstrumente aus dem Hause von der Leyen 2012 greift.“ Langzeitarbeitslose würden vom Arbeitsmarkt abgekoppelt, denn es soll weniger Geld für niedrigschwellige Angebote für Menschen mit mehrfachen Vermittlungs-

hemmnissen geben. Das Sparpaket lasse grüßen – schließlich stünden schon in diesem Jahr für Eingliederungsleistungen in Thüringen 66 Millionen Euro weniger zur Verfügung. „Öffentliche Beschäftigung ist unbedingt notwendig“, betonte Ina Leukefeld und verwies auf die überdurchschnittliche Hartz-IV-Betroffenheit vor allem von Arbeitslosen im Alter über 50 Jahre. „Neben einer Entbürokratisierung und Vereinfachung der Förderinstrumente muss auch dafür gesorgt werden, dass Begleitung, Qualifizierung und Beschäftigung entsprechend der individuellen Förderung ermöglicht wird.“ Die Abgeordnete erwartet dies auch von der Überarbeitung der Landesrichtlinien, die derzeit anstehen.

Die Mittel des Landesarbeitsmarktprogramms seien im Wesentlichen ausgeschöpft, Bürgerarbeit funktioniere nicht so wie geplant. Deshalb müssen Lohnkostenzuschüsse für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aus verschiedenen Fördertöpfen vernetzt werden.

Das gelte auch für die Fortsetzung von Beschäftigungsprojekten zum Ausbau der Infrastruktur. Dabei sollten die Erfahrungen und Anforderungen der Regionalbeiräte Beachtung finden. Ina Leukefeld empfiehlt, die Regionalbeiräte mit Kontingenten aus dem ESF-Fördertopf auszustatten und sie so durch mehr Eigenverantwortung handlungsfähiger zu machen und zu stärken. ■

Einladung:

Landtag der offenen Tür

Auch in diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der Offenen Tür nach Erfurt ein. Am Sonntag, den 25. Juni, präsentieren sich in der Zeit von 10 bis 18 Uhr nicht nur der Landtag und seine Fraktionen, auch Vereine, Verbände, Organisationen und Kommunen.

Die Fraktion DIE LINKE – mit ihren 26 Abgeordneten zweitstärkste der nunmehr fünf Landtagsfraktionen – ist wieder mit einem großen Informationsstand direkt gegenüber dem Haupteingang zum Landtagsgebäude in der Jürgen-Fuchsstraße zu finden. Hier werden sicher auch der Schnellzeichner Jurij Didenko und das Kinderprogramm u.a. mit Facepainting Anziehungspunkte sein. Zum



Verschnaufen und/oder Reden bietet sich das Café im Fraktionsitzungsraum (2. Etage, Funktionsgebäude) an. Und auf der Hauptbühne, die diesmal in der Beethovenstraße zu finden ist, startet der Politalk mit Bodo Ramelow kurz nach 11 Uhr.

Eine besondere Einladung geht an alle kommunal Interessierten und Engagierten. Das KOPOFOR lädt in der Zeit von 10 bis 13 Uhr in den Raum 440 im Fraktionsgebäude zu einer Veranstaltung zum Thema Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ein. Mit dabei sind die Landtagsabgeordneten der LINKEN Heidrun Sedlacik, die auch Vorsitzende des KOPOFOR ist, Jörg Kubitzki, zudem stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN, und Frank Kuschel, der Kommunalexperte der Landtagsfraktion der LINKEN. ■

AKTUELL

„Mehr Demokratie“-Veranstaltung zur Finanzfrage

Sollten die Bürger mehr Einfluss auch auf die Finanzen haben – und wenn ja, wie und wie viel? Mit dieser Frage befasst sich eine Diskussionsveranstaltung am Donnerstag, den 23. Juni, von 10 bis 16 Uhr, im Thüringer Landtag in Erfurt. Unter der Überschrift „Sind die Ideen der Bürger unbezahlbar?“ diskutieren Experten, Parlamentarier, Kommunalpolitiker und engagierte Bürger das Thema „Bürgerbeteiligung und Finanzen“. Dabei werden das Finanztabu für Volksbegehren ebenso behandelt wie kommunale Bürgerhaushalte. Veranstalter sind die Landtagsfraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis für mehr Demokratie in Thüringen“. Die Veranstaltung,

die um 10 Uhr beginnt, ist öffentlich, der Eintritt ist frei.

Das Impulsreferat hält Martin Bühler aus der Schweiz, Generalsekretär des Initiative und Referendum Institute Europe. Es folgt eine Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Uwe Höhn, Anja Siegesmund und Bodo Ramelow, sowie dem Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Dirk Bergner, und Mario Voigt, Generalsekretär der CDU Thüringen.

Ab 13 Uhr geht es um die Bürgerhaushalte in den Kommunen. Dazu kommen Vertreter von Erfurt, Jena und Großbreitenbach zu Wort. Der Vortrag von Prof. Dr. Norbert Kersting, Universität Münster, widmet sich der Frage, wie Bürgerhaushalte gestaltet sein

sollten, damit die Bürger wirklich Einfluss nehmen können. 15 Uhr spricht Prof. Dr. Roland Geitmann, Fachhochschule Kehl, zu den „Thüringer Regeln fürs Einmischen in finanzielle Angelegenheiten – in der Kommune und im Land“. Im „Bündnis für mehr Demokratie in Thüringen“, das seit 1998 aktiv ist, haben sich 20 Organisationen zusammengeschlossen. Mit einem Volksbegehren im Jahr 2000 wurde eine Reform der Volksbegehren angestoßen und mit einem Volksbegehren im Jahr 2008 eine Verbesserung von Bürgerbegehren auf der kommunalen Ebene durchgesetzt. Zur Vorbereitung der Reformen wurden bereits 2005 und 2006 ähnliche Symposien im Landtag veranstaltet.

Tagungsprogramm: www.thueringen.mehr-demokratie.de ■

KURZ UND PRÄGNANT

Wir verneigen uns vor Jorge Semprun

Mit folgenden Worten hat sich Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, in das Kondolenzbuch der Stiftung Buchenwald eingetragen:

„Wir verneigen uns vor einem mutigen Antifaschisten, konsequenten und wahrhaften Demokraten und hervorragendem Schriftsteller, der wie kaum ein anderer sein Leben und Wirken mit dem Gedächtnis Buchenwald verbunden hat. In lebhafter Erinnerung bleibt uns die letzte Begegnung mit Jorge Semprun zum 65. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers und dabei vor allem seine Mahnung und seine Worte zu der von ihm am 11. April 1945 „ganz klar erlebten Realität des bewaffneten Aufstands, den der antifaschistische Widerstand in Buchenwald organisiert hatte“. Nun hat sich Jorge Sempruns „große Reise“ – um an eines seiner bedeutendsten Werke, den autobiographischen Roman „Die große Reise“, anzuknüpfen – vollendet. Für den Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit zu kämpfen, wie es Jorge Semprun und die anderen Überlebenden von Buchenwald geschworen haben, ist und bleibt auch ein wichtiges Anliegen der LINKEN im Thüringer Landtag. Wir verneigen uns vor Jorge Semprun.“

Kulturleitbild doch nur ein Lightbild?

„Wenn das Kulturministerium tatsächlich plant, größere Theater und Orchester stärker und kleinere Häuser geringer zu fördern, dann können wir auch gleich den Finanzminister die Kulturpolitik machen lassen“, protestierte MdL Dr. Birgit Klaubert.

Offensichtlich sei das Kulturleitbild wirklich nur ein Lightbild. „Kultur wird nicht als Wert an sich geschätzt, sondern als reiner Kostenfaktor betrachtet.“

Die Bedeutung der Theater und Orchester für die Gesellschaft wurde offensichtlich völlig ausgeblendet. Oberstes Ziel jedes Kulturministers müsste doch sein, mindestens die vorhandene Qualität zu sichern. „Die Idee, bei kleineren Häusern, wie der Jenaer Philharmonie und dem Eisenacher Theater, Mittel wegzunehmen, um sie den größeren zur Verfügung zu stellen, sei mit der LINKEN keinesfalls machbar.“

„Woher soll denn beispielsweise Eisenach das Geld nehmen, um die Kürzungen des Landes auszugleichen? Die Entscheidung würde das Verschwinden der Kulturstätten einläuten. Ein sozialdemokratischer Kulturminister, der Theater und Orchester wegrationalisiert – das ist schon ein starkes Stück“, so die Kulturpolitikerin abschließend.

Ziel: „Eine Schule der individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers“

Die LINKE vor Ort - an Schulen im Landkreis Gotha informiert/Voraussetzungen für eine wirksame Schulreform schaffen

Im Entwurf des Schulnetzplanes des Landkreises Gotha stehen Crawinkel und Molschleben zur Disposition. Vertreter der Linksfraktion des Kreistages, die die beiden Regelschulen besucht hatten, sahen keine Gründe für eine Schulschließung. Zuzustimmen sei dem Schuldirektor, der sagte, wenn eine Schule erst einmal geschlossen ist, entsteht dort nie wieder eine neue, und es ist nicht sinnvoll, den ländlichen Raum langfristig schulpolitisch abzuhängen.

Bei einer Anhörung der Schulen aus dem Landkreis war deutlich geworden, dass sich über die Jahre ein erheblicher Investitionsstau angesammelt hat. Bereits zum zweiten Mal waren Vera Fitzke, Dietmar Drescher und Sebastian Schreiner als Vertreter der Gothaer Kreistagsfraktion DIE LINKE in der Grundschule Goldbach und der Regelschule Warza zu Gast. Diesmal brachten sie Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und die Wahlkreisabgeordnete Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, mit (s. Foto). Dabei wurde ihnen verdeutlicht, dass endlich eine Lösung gefunden werden muss, damit in die Region Ruhe und Planungssicherheit einkehren. Im letzten Jahr entschied sich die Kreistagsmehrheit gegen Schulamt und Schule, indem sie zwar für eine Übergangsmöglichkeit sorgte, aber langfristig die Probleme bestehen bleiben. Am Grundschulstandort wird der Investitionsstau besonders deutlich. Seit 2000 liegen Planungsunterlagen für einen dringend benötigten Schulerweiterungsbau vor. Michaela Sojka be-

zeichnete diesen Zustand als „unmöglich“. Egal, welche Optionen es auch für die Grundschule gibt, ein Anbau ist zwingend nötig. Sechs Klassenräume für sechs Klassen und ohne weitere Ausweichmöglichkeiten, das wirkt sich negativ auf die Umsetzung pädagogischer Konzepte aus. Zudem ist die Trennung des Hortes, einmal am Standort Goldbach und einmal in Warza, eine starke Belastung.

In Neudietendorf wurde neben der Notwendigkeit einiger Reparaturarbeiten am und im Schulgebäude der Sanierungsbedarf an der Turnhalle mit Sorge betrachtet. Über die geleistete Arbeit des Lehrpersonals an allen besuchten Schulen sprachen sich die Abgeordneten mit großer Anerkennung aus. Michaela Sojka stellte fest, egal ob Regelschule, Oberschule oder Gemeinschaftsschule, wichtig ist der

Schulinhalt. Die Schulleiterin nutzte gleich die Gelegenheit, um Fragen rund um das Bildungspaket der Regierung zu klären und konstatierte: endlich eine Landespolitikerin, die weiß wovon sie spricht.

Mit Blick auf die Diskussionen um die neue Thüringer Schulordnung hatte die Bildungspolitikerin der LINKEN, „kein Einknicken vor der konservativen CDU-Bildungspolitik in Thüringen“ gefordert. Das Land brauche endlich eine „wirkliche und wirksame Schulreform“ mit längerem gemeinsamen Lernen, gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Förderbedarf sowie einer Stärkung reformpädagogisch orientierter Ansätze. Dabei bedarf es jedoch der notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen für „eine Schule der individuellen Förderung jedes Einzelnen“.



Bürgerbüro informiert: Zu den Anträgen für das Bildungs- und Teilhabepaket

Wer rückwirkend für die ersten drei Monate dieses Jahres Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beantragen möchte, kann bis zum 30. Juni einen Antrag stellen. Bundestag und Bundesrat haben eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, nachdem es erhebliche Probleme bei der Umsetzung und massive Kritik gab.

Die Linksfraktion hat das so genannte Bildungs- und Teilhabepaket als „Ergebnis unwürdigen Geschachers, das höchst bürokratisch und genauso ausgrenzend ist wie alle Hartz-IV-Gesetze“ kritisiert und im Landtag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, damit dieser „schlechte Kompromiss nicht noch stärker zu Lasten der Betroffenen und der Kommunen geht“. Ziel ist es, „tatsächliche Verbesserungen für die Betroffenen landesgesetzlich zu regeln“.

Es ist demütigend, wenn Betroffene ihr verfassungsrechtlich festgestelltes Recht auf gleichwertige Bildungs- und Teilhabechancen bei den Jobcentern und Sozialämtern beantragen müssen. Dennoch sind alle Anspruchsberechtigten aufgefordert, die ihnen zustehenden Leistungen nicht verfallen zu lassen und rückwirkend Anträge bei den zuständigen Jobcentern, den Sozialämtern oder der Familienkasse zu stellen. Die Antragstellung ist formlos möglich.

Anspruchsberechtigt für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind Kindergartenkinder, Schülerinnen und Schüler, die Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten oder Wohngeld und Kinderzuschlag beziehen.

Das Paket besteht aus insgesamt sechs Bausteinen:

- Übernahme der Kosten bei der Teilnahme an eintägigen Ausflügen von Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Pauschaler Zuschuss von insgesamt 100 Euro pro Schuljahr für notwendige Unterrichtsmaterialien, wie Taschenrechner oder Zirkel
- Übernahme der Fahrtkosten bei einem Schulweg von mehr als zwei Kilometern

- Übernahme der Kosten für Nachhilfestunden oder Lernförderung für Schülerinnen und Schüler, deren Verzweigung gefährdet ist
- Übernahme der Kosten für ein gemeinsames Mittagessen in der Kindertagesstätte oder Schule – jenseits der Eigenbeteiligung von einem Euro
- Erstattung von bis zu zehn Euro monatlich für Mitgliedsbeiträge in Vereinen, für Kurse zur kulturellen Bildung oder für Freizeiten

Ein Leistungsanspruch besteht nach § 77 Abs 11 Satz 3 SGB II allerdings nur, wenn „Mehraufwendungen entstanden sind“. Das bedeutet ein nach wie vor unwürdiges Nachweisverfahren für die Betroffenen sowie ein kaum zu bewältigender Bürokratismus für die Ämter.

Ein Leistungsanspruch besteht nach § 77 Abs 11 Satz 3 SGB II allerdings nur, wenn „Mehraufwendungen entstanden sind“. Das bedeutet ein nach wie vor unwürdiges Nachweisverfahren für die Betroffenen sowie ein kaum zu bewältigender Bürokratismus für die Ämter.

Ein Leistungsanspruch besteht nach § 77 Abs 11 Satz 3 SGB II allerdings nur, wenn „Mehraufwendungen entstanden sind“. Das bedeutet ein nach wie vor unwürdiges Nachweisverfahren für die Betroffenen sowie ein kaum zu bewältigender Bürokratismus für die Ämter.

Diana Kölbl
Bürgerbüro der Linksfraktion
im Thüringer Landtag
Telefon: 0361-3772637
E-mail: koelbel@die-linke-thl.de

„Sie haben über Jahrzehnte in diesem Land den Schuldenberg aufgebaut“

Bodo Ramelow: „Wer hat denn den Sack gemacht, das waren doch Ihre Vorgänger“/Aus dem Protokoll der Landtagsdebatte

Die Landesfinanzen waren erneut Thema im Landtag. Auf Antrag der FDP wurden die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung auf Thüringen diskutiert, während draußen die Junge Union einen recycelten (Gummi-)Schuldenberg (s. Foto) aufgeblasen hatte. Auszüge aus dem Plenarprotokoll (Sitzung v. 18.5.11):

Uwe Barth, FDP:

Ein schuldenfreier Haushalt ist noch lange kein schuldenfreies Land, und das muss aber unser Ziel sein.

Mike Huster, DIE LINKE:

Der Aufschwung findet wieder in Zeiten steigender Ungleichheit statt. Hohe Vermögen können weiter um Rohstoffe und letztlich sogar auf Pleiten von Staaten spekulieren, u.a. auch, weil es in Deutschland keine gerechte Vermögensbildung gibt, nach wie vor nicht. Wer jetzt schon wieder darüber spekuliert, ob es auf Bundesebene Steuergeschenke für Besserverdienende geben kann, die in der Endkonsequenz wieder dazu führen, dass in den Landes- und Kommunalhaushalten das Geld fehlt und der Spardruck größer wird, der handelt absolut unseriös. Gleiches gilt für die Forderung, die Landeshaushaltsordnung über eine Schuldenbremse in der Verfassung hier in Thüringen noch zu verschärfen.

Genau dies ist der falsche Weg, wir brauchen in Thüringen eine andere Politik. (...) Die zweite Kernfrage, sparen wir in den nächsten Jahren die Haushalte gerade dort kaputt, wo wir Thüringer etwas vorzuweisen haben, wie in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur, oder gehen wir den anderen Weg und kümmern uns endlich um zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen über den Einstieg in eine Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform. Das, was die Regierung auf diesem zentralen Feld zustande bringt, ist nichts.

Maik Kowallek, CDU:

Die CDU-Fraktion setzt sich für eine Schuldenbremse in der Thüringer Landesverfassung ein. Sie sehen auch hinter mir die Aktion der Jungen Union mit dem riesigen Schuldenberg. Es ist gut, dass dieses Vorhaben eine wachsende Unterstützung erfährt.

Bodo Ramelow, DIE LINKE:

Kollege Barth sprach als Zielvorstellung vom schuldenfreien Staat. Da frage ich mich dann in der Tat, ob Investitionskosten jetzt gleich als negatives Element in Schulden abgewertet werden. Geld auszugeben in unsere Zukunft, wäre eine Aufgabe, mit der wir dieses Land auch dauerhaft lebens-

tion der Partei, die wie viel Jahrzehnte in diesem Land diesen Schuldenberg aufgerichtet hat?

Carsten Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Auch ich möchte mich bei der Jungen Union herzlich bedanken (...) Ich finde es auch sehr schön, dass sie unsere Form übernommen haben, nämlich alte Demonstrationsobjekte zu recyceln. Auch, wenn es in diesem Fall blödes Plastik war.

Dr. Wolfgang Voß, Finanzminister:

Es ist für mich erfreulich, dass gerade junge Leute sich dieses Themas annehmen und auch demonstrieren. Es



wert, liebenswert und für die Menschen auch so attraktiv machen, dass sie hier bleiben, hierher kommen und weitere hoffentlich dazukommen. Wenn die Menschen abwandern, wird das eigene Steueraufkommen auch immer geringer, und wir geraten immer weiter in eine größere Abwärtsspirale.

Als dieser schlappe Sack da draußen war, gingen bei mir ein paar Fragen durch den Kopf. Er wabberte so hin und her und suggeriert, die Schuldenbremse hilft uns gegen diesen Schuldenberg. Das ist, wenn es mir richtig erzählt worden ist, die Junge Union. Das ist, wenn ich es richtig weiß, die Jugendorganisation der CDU. Das ist meines Erachtens die Jugendorganisa-

wäre nämlich ihre Zukunft, die wir hier mit verbauen, wenn wir allzu, Herr Ramelow, da haben wir sicherlich einen unterschiedlichen Ansatz, das mag sein (Zwischenruf Bodo Ramelow: Wer hat denn den Sack gemacht? Das waren doch Ihre Vorgänger.)

Nein, nein. Jetzt fordern Sie mich einmal nicht heraus. Die Öffnung zur bundesweiten Verschuldung erfolgte 1969

(Bodo Ramelow: Aber nicht in Thüringen.)

durch die große Finanzreform. Das war die große Koalition von SPD und CDU oder irgendwie so. So genau erinnere ich mich auch nicht mehr.

Neonazismus

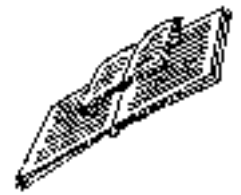
In Thüringen hat sich eine aktive neonazistische Musikkultur etabliert. Über 20 Bands und Liedermacher sind als extrem rechts einzuschätzen. Dazu kommen Versandhandel, Ladengeschäfte, geheime und öffentliche Konzerte. „Die Zivilgesellschaft – Vermieter, Nachbarn, Lehrer, Eltern, Sozialarbeiter und Behörden – sind gefordert, der neonazistischen Subkultur entgegenzutreten“, so MdL Katharina König mit Verweis auf die Antwort der Landesregierung auf ihre Anfrage zu neonazistischer Musikkultur. „Neben Rechtsrock, Hardcore und Black Metal gehören Balladensänger und Liedermacher zur rechtsextremen Musikszene, mit der vor allem Jugendliche menschenfeindlich politisiert werden.“

Petitionsausschuss

Anlässlich der Übergabe des Berichts des Petitionsausschusses betonte MdL Heidrun Sedlacik die Forderung der Linksfraktion aus ihrem jüngst eingebrachten Petitionsgesetz, dass der Ausschuss künftig öffentlich tagen soll. „Wir wollen mehr Transparenz und Öffentlichkeit. Denn mehr Demokratie bedeutet auch ein Petitionsrecht, das weiter geht, das verbindlicher und transparenter ist als das bestehende.“ Politik müsse die Anliegen der Bürger kennen, was im Petitionsausschuss besonders gut zu erfahren sei. Die LINKE will demokratische Teilhabe und parlamentarische Kontrolle verbessern, die Anliegen der Petenten stärker in die Politik zu rücken und das Petitionsverfahren transparenter gestalten.

Alternative 54 e.V.

Rund 700.000 Euro haben die Landtagsabgeordneten der LINKEN im Rahmen der Alternative 54 e.V. seit 1995 für gemeinnützige Zwecke gespendet. Der Verein, den damals noch die Abgeordneten der PDS aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Paragraph 54 der Landesverfassung gegründet hatten – eine Klage beim Landesverfassungsgericht war erfolglos geblieben –, dient allein der Absicht, mit den gespendeten Diäten-Geldern Vereine, Initiativen, Projekte, die sich im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereichen engagieren, zu unterstützen. Eine Vielzahl von ihnen haben seither Anträge an den Verein gestellt und konnten die Hilfen vielseitig und wirksam einsetzen.



Residenzpflicht

„Die Thüringer SPD muss Farbe bekennen und sich in der Regierungskoalition für die Rechte von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen stark machen“, fordert MdL Sabine Berninger mit Verweis auf den SPD-Antrag im Bundestag, die so genannte Residenzpflicht im Asylverfahrensgesetz aufzuheben und für geduldete Flüchtlinge ohne Arbeit und Asylsuchende lediglich die Wohnsitzauflage aufrechtzuerhalten. Nachdem es der Bund mit einer Gesetzesänderung im Frühjahr den Landesregierungen explizit ermöglicht hat, die so genannte Residenzpflicht auf das Gebiet des gesamten Bundeslandes und darüber hinaus auszudehnen, hat das Thüringer Innenministerium am 17. Mai eine Verordnung präsentiert, die diese Möglichkeit ausdrücklich nicht aufgreift. Dagegen haben LINKE und GRÜNE im Landtag einen Antrag eingebracht.

Mit der Verordnung wird die Residenzpflicht in Thüringen lediglich gelockert: Flüchtlinge dürfen sich erlaubnisfrei nur in Nachbarkreisen sowie in ein oder zwei kreisfreien Städten bewegen. „Diese geringfügige Änderung auf weiterhin 23 ‚Residenzbezirke‘, die die Einschränkung der Bewegungsfreiheit aufrecht erhält, wird weder die von vielen Flüchtlingen als Schikane empfundenen Polizeikontrollen beenden, noch Integration und Teilhabe wesentlich erleichtern“, so die Abgeordnete.

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden unmittelbar vor der parlamentarischen Sommerpause vom 6. bis 8. Juli statt. Dann wird es erst im September – vom 14. bis 16. 9. – wieder Plenarsitzungen in Erfurt geben.

Thüringentag:

Der Thüringentag 2011 findet vom 8. bis 10. Juli in Gotha statt. Am Hauptmarkt wird es das „Schaufenster Thüringen“ geben, wo sich mit den Fraktionen des Landtags auch die LINKE präsentieren wird.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Nicht zu Lasten der Kinder

Es wäre begrüßenswert, würde die Stiftung FamilienSinn aufgelöst, ihre Aufgaben sollten „bruchlos und ohne finanzielle Abstriche in Landeshoheit“ zurückgeführt werden, betont MdL Margit Jung. Die LINKE hat seit Gründung der Stiftung darauf verwiesen, dass Gremienbesetzung und Aufgabenerfüllung der parlamentarischen Kontrolle des Landtages entzogen wurden. Die Fraktion habe auch immer gefordert, das Landeserziehungsgeld in seiner jetzigen Form abzuschaffen. Das Geld müsse vielmehr in Krippen, Kitas und Familienzentren investiert werden. Einfach nur den Haushalt auf Kosten der Kinder zu entlasten, wäre schäbig. ■

„Rasselliste“ ignoriert Anhörung

Nachdem die Koalitionsmehrheit an der umstrittenen Rassehundeliste festhalten will betonte MdL Sabine Berninger, dass nahezu alle vom Innenausschuss angehörten Fachleute den Vorschlag als fragwürdig, wissenschaftlich unbegründet und nicht geeignet sowie wenig zielführend charakterisiert haben. Vor allem aber äußerten die Experten, die ein zweites Mal angehört wurden, größtenteils ihr Unverständnis darüber, dass die Anhörungsergebnisse vollständig ignoriert werden. „Diese Stellungnahmen einfach vom Tisch zu wischen, ist Ausdruck machtpolitischer Ignoranz und zeigt, welchen Wert parlamentarische Anhörungen für die CDU/SPD-Koalition haben - nämlich keinen“, resümiert die LINKE Politikerin. ■

Städtebauförderung ist unverzichtbar

Die Landesregierung muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass der Bund die Städtebauförderung mindestens wieder auf das Niveau von 2010 anhebt und sich für eine zeitnahe Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe stark macht, forderte MdL Heidrun Sedlacik. Der Bund hat in diesem Jahr trotz massiver Proteste der Länder, Kommunen und Fachverbände die Mittel für die Städtebauförderung von 600 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt, für 2012 ist erneut eine drastische Reduzierung auf 266 Millionen Euro geplant.

„Damit droht dem Stadtumbau das Aus“, protestierte die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion und unterstrich: „Dies ist auch ein Akt wirtschaftlicher Unvernunft.“ Schließlich seien in Thüringen in den vergangenen 20 Jahren 2,8 Milliarden Euro investiert worden, die wiederum acht Milliarden Euro Folgeinvestitionen generiert haben. ■

Sehbehinderte und blinde Menschen bestimmen selbst über ihre Belange

Das Ressort Soziales der Thüringer Linksfraktion konnte bei der „blista“ in Marburg interessante Einblicke nehmen

Abgeordnete und Mitarbeiter des Ressorts Soziales der Linksfraktion im Thüringer Landtag besuchten im Rahmen einer auswärtigen Sitzung gemeinsam mit Reiner Spring, dem Thüringer Regionalbeauftragten des Vereins der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf (DVBS) e. V., die Deutsche Blindenstudienanstalt e.V. (blista) in Marburg (s.Foto).



Im Mittelpunkt der Arbeit der blista steht seit ihrer Gründung 1916 der Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe, berichteten die Vorstandsmitglieder Claus Duncker (Vorsitzender), Arno Kraußmann (kaufmännischer Vorstand) sowie der Schulleiter Joachim Lembke. Laut Satzung muss etwa die Hälfte der derzeit 51 ernannten Mitglieder selbst blind oder sehbehindert sein. Damit ist sichergestellt, dass die „blista“ eine Einrichtung für sehbehinderte und blinde Menschen ist, deren Geschicke maßgeblich von den Betroffenen selbst bestimmt werden. Viele sind ehemalige Schüler der „blista“, stehen erfolgreich im Beruf und engagieren sich für die bundesweit einmalige Einrichtung.

Während des Rundgangs erfuhren wir, dass die „blista“ ca. 400 Mitarbeiter, davon 45 Schwerbehinderte, beschäftigt. Kostenträger sind das Land

Hessen, der Landeswohlfahrtsverband Hessen (als Träger der Sozialhilfe) und die Agentur für Arbeit. Die Carl-Strehl-Schule als staatlich anerkannte private Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Sehen“ wird zurzeit von 320 Schülern ab Klassestufe 5 besucht. Zur Schule gehören ein allgemeines und berufliches Gymnasium, Fachoberschule Sozialwesen und Wirtschaft, berufsbezogene Schule und ein Beratungszentrum für Schüler an Regelschulen. Im Chemie- und Kunsterziehungsunterricht konnten wir uns ein Bild von der wichtigen Behindertenpädagogik machen. Zwar ermöglicht die Brailleschrift den Zugang zu Texten, nicht aber zu

Formen und Farben. Wie aber unterrichtet man Schüler, die als Abi-Prüfungsfächer Biologie, Physik oder Chemie als Leistungsfach gewählt haben, Fächer, in denen die Funktion des Auges zwingend notwendig zu sein scheint, da die visuelle Information für das Verständnis wesentlich ist.

Während sich die Blindendidaktik auf die Sekundärsinne (Tasten, Hören etc.) konzentriert, versucht die Sehbehindertendidaktik durch Adaptationen den „Restsinn Sehen“ weitestgehend zu nutzen. In der Blinden- und Sehbehindertendidaktik finden bei der Beschreibung des funktionalen Sehvermögens auch visuelle Außenreize (Farbe, Kontrast, Beleuchtung) und individuelle Voraussetzungen Beachtung. Interessant war, wie die Unterrichtsmaterialien (taktile Medien) in der eigenen Werkstatt entstehen. Diese tastbaren

Abbildungen, wie Landkarten, Stadtpläne und Wegweiser, mathematische Diagramme oder Darstellungen von Büchern, werden als optische Vorlagen dreidimensional in ein Relief übertragen und mit Folien überzogen, so dass erfühlbare Formen, Höhen und Strukturen entstehen.

Die Leiterin des überregionalen Beratungs- und Förderzentrums, Dörte Severin, informierte, dass etwa 80 sehbehinderte und blinde Kinder an den Schulen ihres Heimatortes im Umkreis von ca. 70 km von Marburg unterstützt werden. Dabei beraten die Sonderpädagogen nicht nur Kinder und Eltern in den unterschiedlichen Schulformen (Grund-, Haupt-, Real-, Sonder-, Berufsschulen und Gymnasien) sowie zur Wahl der Schullaufbahn und Berufsorientierung, sondern bilden auch Lehrer fort. Das Internatskonzept wurde uns durch Internatsleiter Willy Rommelspacher vorgestellt. Mit den 39 dezentralen Wohngruppen im Kernstadtbereich von Marburg besteht für die Schüler eine an der Normalität orientierte Wohnumgebung.

Beim Besuch einer Wohngruppe haben wir zwei Schüler aus Thüringen kennen gelernt, die die 10. Klasse der Carl-Strehl-Schule besuchen. Wir erfuhren, dass beide zuvor an der Disterwegschule in Weimar unterrichtet wurden, aber weil sie Abitur machen wollten, nach Marburg gewechselt sind. Da ein solcher Wechsel in Thüringen sehr unterschiedlich beschieden und in einigen Fällen auch erst auf dem Klageweg erstritten wird, werden die Abgeordneten durch eine Kleine Anfrage an die Landesregierung nachhaken. Auch wenn das Sozialressort nicht alles besichtigen konnte (es fehlte die Zeit für die Braille-Druckerei und die Deutsche Blinden-Bibliothek im Bereich Kommunikation und Teilhabe), hat sich der Besuch bei der Deutsche Blindenstudienanstalt e.V. in Marburg sich auf jeden Fall gelohnt.

Text und Foto: Cordula Eger ■

„Laufend besser!“

Am Erfurter Unternehmenslauf zusammen mit 3.600 Startern erfolgreich teilgenommen - und in ihren roten Trikots mit dem Rücken-Logo „Laufend besser!“ nicht zu übersehen - hat auch wieder eine Mannschaft der Linksfraktion des Thüringer Landtags.

Die Helden der Fünf-Kilometer-Piste durch die Altstadt von Erfurt, die sie gemeinsam in 32 Minuten absolvierten, waren (im Foto von links): Frank Schenker, Benjamin König, Marcel Reinhardt, Tilo Kummer (MdL), Diana Kölbel, Frank Kuschel (MdL) und Markus Gleichmann. „Nächstes Jahr sind wir wieder dabei, und ich hoffe, dass wir unser Team vergrößern können“, so das Fazit von Diana Kölbel. Foto: Peter Lahn



Das Thema

„Unsere Antwort: Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau“

Denn diese Energierevolution muss für die Menschen untrennbar mit der sozialen Gerechtigkeit verknüpft werden

Die bei einem Pressegespräch mit Fraktionschef Bodo Ramelow und dem energiepolitischen Sprecher Manfred Hellmann kürzlich erstmals vorgestellte Konzeption der LINKEN „Energierevolution statt Grüner Kapitalismus“ wurde interessiert aufgenommen, schließlich ist die Energie- wende in aller Munde, aber gebraucht werden konsequente und zwingende (gesetzliche) Regelungen.

Der Linksfraktion geht es um einen „geordneten Ausstieg, der Einstieg ist in einen dauerhaften Umstieg in eine dezentrale, regionale und regenerative Energieerzeugung und -versorgung“, wie Bodo Ramelow betonte. Er sprach von einer Energierevolution, die in Thüringen bereits in den nächsten Jahren 25.000 Arbeitsplätze generieren könnte. Unser Bundesland habe die besten Voraussetzungen dafür, das erste zu werden, das sich aus 100 Prozent erneuerbaren Energien versorgt.

Manfred Hellmann, auch ehrenamtlicher Bürgermeister der Solarkommune Viernau, unterstrich, dass es der LINKEN dabei auf ein Energiesystem

ankomme, das einen für alle Bürger „erschwinglichen Strom erzeugt“. Er bezeichnete die Energiekonzerne als „Dinosaurier der Energiegeschichte“. Für die weitere Beratung ihres Energiekonzepts hat die Linksfraktion zu einer großen öffentlichen Konferenz am 18. Juni nach Erfurt ins Atrium der Stadtwerke eingeladen.

Die LINKE ist überzeugt: Ob Stromnetze, Bahnnetze, Wärmenetze, Gasnetze – alle diese Systeme müssen als Ganzes betrachtet und gedacht werden. Einbezogen werden muss die ge-

samte Mobilität, künstliche Abgrenzungen müssen überwunden werden. Es geht um ein intelligentes, kleinteiliges Mosaik, welches jedoch nur im Gesamtgefüge funktioniert.

Die Realisierung dieser langfristigen und nachhaltigen Strategie bedeutet:

- einen wirkungsvollen Beitrag für den Schutz unserer Umwelt und die Erhöhung der Lebensqualität der Menschen,

- eine Bezahlbarkeit der Energiepreise für alle Menschen,

- Aufschwung in der regionalen Wirt-

schaft, der das ganze Land erfasst,

- einen Innovationssprung für zahlreiche Wirtschaftszweige,

- die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in der Region, damit Steigerung der Wertschöpfung in Thüringen sowie der Attraktivität des Landes,

- eine demokratische Kontrolle und Kultur Thüringer Energiepolitik,

- die Übernahme von globaler sozialer Verantwortung.

Die soziale Dimension dieses Energiewechsels ist und bleibt ein zentrales Thema der LINKEN. Stromsparen muss man sich erlauben können, neue Technologien müssen bezahlbar sein, moderne energieeffiziente Wohnungen müssen sich auch alle leisten können.

Unsere Antwort auf den so genannten „grünen“ Kapitalismus ist der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft – eine sozial-ökologische Energierevolution. Denn eine Gesellschaft und die Menschen sind nur dann bereit, einen solchen anspruchsvollen Weg mitzugehen, wenn diese Energierevolution untrennbar mit der sozialen Gerechtigkeit verknüpft wird.

Energierevolution statt grüner Kapitalismus!

DIE LINKE.
Kraftwerke in Thüringen Landtag

Energetag der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag
Samstag, den 18. Juni 2011 von 10 bis 16 Uhr im Atrium der Stadtwerke Erfurt
Magdeburger Allee 34, 99086 Erfurt
10 bis 12 Uhr Vorstellung unseres Energiekonzeptes und Diskussion
14 bis 16 Uhr Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft zum Thema »Ausstieg aus dem Atomstrom – Für eine Energiewende!«
Weitere Infos auf www.die-linke-thl.de

Es geht um ein bezahlbares und nachhaltiges Umsteuern

Fossile und atomare Energien haben ausgedient.

Die negativen ökologischen – und damit letztlich auch ökonomischen – Folgen sind zu einschneidend, als dass dies noch länger ignoriert werden könnte. Die Erschöpfbarkeit fossiler Energien wird oft als Argument angeführt, um sich mit der Zukunft von Energie zu beschäftigen. Jenseits ihrer Endlichkeit zwingen uns aber ihr Anteil an Umwelt- und Naturzerstörung und Gefahr für die Menschheit zum Umdenken.

Hinzu kommt die Abhängigkeit vieler Staaten von wenigen Energieproduzenten auf der Erde. Die Verknappung von Öl, Gas, Uran regt die großen Energiekonzerne zu immer riskanteren Förderpraktiken ohne Rücksicht auf Mensch und Natur an. In Deutschland haben vier Energiekonzerne den Markt fest im Griff und verhindern seit vielen Jahren eine Abkehr von Atomenergie. Zu schnell lässt sich damit Profit erzielen.

Die Vorteile erneuerbarer Energiequellen sind überwältigend.

Sie sind nahezu unerschöpflich und mit ihnen besteht die Chance, klimaneutral Energie zu erzeugen. Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind naturgemäß überall auf der Welt vorhanden. Allein das ist ein unschätzbare Vorteil gegenüber großen, weit entfernten Kraftwerken. Energie wird immer vor Ort verbraucht, Energie auch vor Ort zu erzeugen, verkürzt die Transportwege erheblich und verringert globale Abhängigkeiten. Milliarden schwere Transportaufwendungen für Rohstoffe und fossile Energien

können mit erneuerbaren Energien vor Ort deutlich reduziert werden. Regional erzeugte und genutzte Energie führt zu Energieautonomie gegenüber Ölstaaten, multinationalen Konzernen und nationalen Energiekonzernen, die sowohl die Energieerzeugung als auch die Kosten diktieren. Diese Autonomie kann eine Basis sein, auf der wirtschaftliche, soziale und demokratische Unterschiede weltweit aufgehoben werden können.

Es reicht jedoch nicht, die Energie- wende in den bestehenden Strukturen anzustreben.

Die Folge davon ist Grüner Kapitalismus. Dieser hebt jedoch soziale Ungerechtigkeiten, Eigentumsverhältnisse, Wachstums- und Gewinnstreben nicht auf. Er verdrängt soziale, wirtschaftliche und demokratische Fragen und führt unter Umständen dazu, dass eine neue Form der Armut entsteht: die Energiearmut. Mit einem sozial blinden ökologischen Umsteuern wird lediglich erreicht, dass Energie von zahlreichen Menschen nicht mehr zu bezahlen sein wird. Das führt zu Haushaltsverschuldungen, kalten Wohnungen im Winter, zu eingeschränkter Mobilität und erzwungenem Konsumverzicht. Wer keine Anbindung an Busse und Bahnen hat und dazu noch auf ein Auto verzichten muss, weil es unerschwinglich teuer ist, wer krank wird, weil die Heizungsrechnung nicht beglichen werden kann, wer sich aufgrund explodierender Energiepreise keine Erholung mehr gönnen oder keinen Wunsch mehr erfüllen kann, wird der Verlierer einer solchen Energie- wende sein.



Während des Pressegesprächs am 31. Mai, wo Bodo Ramelow und Manfred Hellmann das Energiekonzept der LINKEN erstmals öffentlich vorstellten.

Eine wirkliche Energierevolution heißt aber, die Eigentumsverhältnisse im Energiesektor zu verändern.

Die Verantwortung muss in die Öffentliche Hand übergehen und demokratische Kontrolle ermöglichen. Damit kann Energie in globalem Maßstab für alle nutzbar gemacht und bezahlbar gehalten werden. Linke Politik muss auf erneuerbare Energien setzen, weil sie dem Wohle aller verpflichtet ist. Die LINKE kämpft für das Ende von Gesundheitsschäden, Umweltschäden und Ausbeutung einer ausschließlich profitorientierten Energiewirtschaft. Sie setzt sich aber auch für ein bezahlbares, nachhaltiges und Energiearmut vermeidendes ökologisches Umsteuern ein, welches neue soziale Risse und Herrschaftsverhältnisse verhindert.

Thüringen selbst hat viele Möglichkeiten, bis zum Jahr 2040 zu hundert Prozent erneuerbare Energien zu nutzen. Es geht um nicht weniger als um

den Aufbruch in ein neues Produktionszeitalter, weg von der großtechnischen hin zur kleinteiligen Energieerzeugung und -verteilung. Die Industrie der Zukunft hat ein ganz neues Gesicht, sie wird nicht mehr von einem extensiven Ressourcenverbrauch, sondern von intelligenten Lösungen und nachhaltigen Technologien auf der Basis erneuerbarer Energien bestimmt.

Jedes Haus muss als Kraftwerk gedacht werden. Strom, Wärme und Gas müssen im Zusammenhang gesehen werden. Selbstversorgung ist daher keine Utopie mehr, sondern kommende Realität. Mit tausenden neuen Arbeitsplätzen, liegt hier ein Jobmotor riesigen Ausmaßes. Es geht um die Verbindung von ökologischer, demokratischer und sozialer Frage.

Aus dem Vorwort von Bodo Ramelow zum Energiekonzept der LINKEN im Thüringer Landtag. Komplett im Internet: www.die-linke-thl.de

Volksbegehren „sozial gerechte Kommunalabgaben“

NACHGEFRAGT bei Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, zur Volksbegehrensinitiative der Thüringer Bürgerallianz

Die Linksfraktion unterstützt das jetzt von der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben angekündigte Volksbegehren. Wann soll es losgehen?

Nachdem der Versuch der Bürgerinitiativen, gemeinsam mit der LINKEN und Bündnis90/Grüne, die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge auf parlamentarischen Weg zu erreichen, an der Blockadehaltung von CDU und SPD im Landtag gescheitert ist, soll nun dieses Ziel über ein Volksbegehren erreicht werden. Die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, wird am 25. Juni dieses Volksbegehren „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“ auf den Weg bringen. An diesem Tag beginnt die Sammlungsfrist für die 5.000 Unterstützerunterschriften für den Zulassungsantrag. Die Sammlungsfrist beträgt sechs Wochen und wird somit am 5. August enden. Der 25. Juni wurde als Starttermin bewusst gewählt. Im Thüringer Landtag findet der Tag der offenen Tür statt, und dieses Ereignis bildet den geeigneten Rahmen für den Beginn eines solchen Volksbegehrens.

Worum geht es konkret?

Ziel ist es, im Abwasserbereich die gegenwärtige Möglichkeit der Finanzierung von Investitionen über Abwasserbeiträge gesetzlich abzuschaffen. Wie im Wasserbereich würden dann alle Investitionen nur noch über die Ab-

wassergebühren refinanziert. Dies ist aus Sicht der Bürgerinitiativen gerechter und wäre orientiert am Maß der Inanspruchnahme der Abwassereinrichtungen. Im Trinkwasserbereich funktioniert dieses Finanzierungsmodell seit 2005. Die Wassergebühren sind seit dieser Zeit, entgegen mancher Befürchtungen, nicht wesentlich gestiegen. Die reine Gebührenfinanzierung von Abwasserinvestitionen zwingt die kommunalen Aufgabenträger zu einem noch stärker betriebswirtschaftlichen Verhalten, da jede Investition gebührenrelevant ist. Dem gegenüber ist die Beitragsfinanzierung von Abwasserinvestitionen eine „Einladung“, sogenannte Vorhalteinvestitionen zu tätigen. Bisher wurden in Thüringen nahezu vier Milliarden Euro in Abwasseranlagen investiert. Bis 2030 sollen es nochmals rund drei Milliarden sein.

Für die Bürger sollen Doppelbelastungen verhindert werden...

Dadurch, dass die Bürger gezahlte Abwasserbeiträge mit künftigen Gebührenzahlungen verrechnen können. Für die kommunalen Aufgabenträger und Zweckverbände der Abwasserentsorgung, die Kommunen und das Land ist diese Finanzierungsumstellung aufkommensneutral. Bereits jetzt verzichten über 40 Aufgabenträger der Wasserversorgung auf die Erhebung von Abwasserbeiträgen und finanzieren sich ausschließlich über Gebühren. Dabei führt der Verzicht auf Beiträge keinesfalls zu überhöhten Gebühren.

Eine weitere Regelung richtet sich auf die Straßenausbaubeiträge. Was ist hier das Ziel?

Was die Finanzierung von kommunalen Straßenausbaumaßnahmen betrifft, so soll durch das Volksbegehren die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge erreicht werden. CDU und SPD haben im März verschärfte Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen beschlossen.

Zwang die Option der Erhebung einer Infrastrukturabgabe ermöglicht wird. Sie ist eine aufwandsbezogene Abgabe und würde von allen Grundstückseigentümern der Gemeinde erhoben. Die Abgabe wäre umlagefähig auf die Betriebskosten. Soweit sich Gemeinden freiwillig für ihre Erhebung entscheiden, würden bereits gezahlte Straßenausbaubeiträge verrechnet. Die Gemeinden sollen jedoch auch die Mög-



Thüringer Kommunen sollen rückwirkend bis 1991 für alle Straßenausbaumaßnahmen Beiträge erheben. Nur unter ganz eingeschränkten Bedingungen, die kaum eine Gemeinde erfüllen kann, können die Kommunen auf die Beitragsenthebung verzichten oder die Beitragsbelastungen verringern. Das Volksbegehren will erreichen, dass den Kommunen ohne rechtsaufsichtlichen

erhalten, bereits gezahlte Straßenausbaubeiträge den Bürgern zurückerstattet werden. Ein solches Finanzierungsmodell respektiert die kommunale Selbstverwaltung und führt nur zu geringen finanziellen Belastungen für die Betroffenen. Dem Land entstünden keine zusätzlichen Kosten.

Wie ist der weitere Ablauf?

Rechtsanwältin Susan Rechenbach und Peter Hammen, der Landesvorsitzende der Bürgerallianz, als die beiden Vertrauenspersonen des geplanten Volksbegehrens sind überzeugt, dass in kürzester Zeit die notwendigen 5.000 Unterstützerunterschriften für den Zulassungsantrag gesammelt werden. Danach hat die Landtagspräsidentin sechs Wochen Zeit, die Zulässigkeit des Volksbegehrens zu prüfen.

Erfolgt die Zulassung, müssen innerhalb von vier Monaten rund 180.000 Unterschriften landesweit gesammelt werden. Wenn die Landtagspräsidentin die Zulassung des Volksbegehrens verweigert, müsste der Thüringer Verfassungsgerichtshof eingeschaltet werden.

Herzlichen Glückwunsch!

Es war eine sehr schöne und aus LINKER Sicht auch eine ganz besondere Hochzeit. Diana Glöcker, Pressesprecherin der Linksfraktion, und Sascha Bilay, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion, haben sich am 3. Juni auf dem Standesamt in Eisenach „getraut“. Zahlreiche Gratulanten aus der Fraktion, dem Landes- und dem Kreisverband erwarteten sie anschließend, auch um sie unübersehbar LINKS an die gemeinsame (Säge-)Arbeit gehen zu lassen.

Alles Gute Euch Beiden!



Livestream bei Plenarsitzung: www.die-linke-thl.de

Mit einem Livestream sowie den Einträgen beim Kurznachrichtendienst Twitter präsentiert sich die Fraktion DIE LINKE für alle Internetnutzer während der Plenarsitzungen. Vor den Sitzungen des Thüringer Landtags kann man sich übrigens auf den – ebenfalls neu gestalteten – Internetseiten des Thüringer Landtags (www.landtag.thueringen.de) über die Tagesordnung sowie die Anträge bis ins Detail informieren. Also, bitte einschalten in die Internetseite der Linksfraktion überhaupt und speziell zu den Sitzungen des Thüringer Landtags. Die nächsten Debatten finden statt vom 6. bis 8. Juli. Dann geht's erstmal in die parlamentarische Sommerpause.

Hier auch noch mal der Hinweis auf das linke Infoportal „ThüringenLinks“, auf dem die Informationen der Landtagsfraktion, der Bundestagsabgeordneten, der Zweiwochenzeitung UNZ und des Landesverbandes der LINKEN zusammenlaufen: www.linkesthueringen.de.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.